

Sepp Rettenbeck: „Landrätin will mich fertig machen“

Sprecher des Aktionsbündnisses weist Vorwürfe als „absurd“ zurück

Pfarrkirchen. Die Vorwürfe der Landrätin an die Initiative des Bürgerbegehrens „Krankenhäuser in Bürgerhand! Mit Sachverstand! Kein Verkauf!“ und deren Hauptinitiator Kreisrat Sepp Rettenbeck, er schädige den Ruf der Krankenhäuser (wir berichteten), weist dieser als „völlig haltlose und absurde Unterstellung“ zurück.

Nach den vom Juristen am Landratsamt gegen ihn eingeleiteten Ermittlungen wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht und dem von der Landrätin erhobenen Vorwurf, er würde den Ruf der Krankenhäuser schädigen, kommt Sepp Rettenbeck in einer am Sonntag verbreiteten Presseerklärung zu dem Fazit: „Weil Bruni Mayer merkt, dass sie mit ihren Krankenhausverkaufsplänen auf eine große politische Niederlage zusteuert, will sie mich mit aller Macht fertig machen“.

Es könne doch keine Rufschädigung sein, so Rettenbeck, wenn man sich für den Erhalt der Krankenhäuser in der Hand des Landkreises nach gemeinwohlorientierten Gesichtspunkten einsetze und deshalb den Verkauf an einen gewinnorientierten, privaten Betreiber ablehne. „Wenn etwas rufschädigend ist, dann eher die Verkaufspläne der Landrätin, nachdem sie die Häuser als Aufsichtsratsvorsitzende finanziell an die

Wand gefahren hat,“ schreibt Rettenbeck.

Dagegen teile er die Einschätzung der Landrätin, wonach das Personal fachlich und menschlich kompetent sei: „Gerade deshalb setze ich mich auch gegen einen Verkauf ein, weil darunter vor allem das Personal zu leiden hat.“ Deshalb sei es „traurig und eine Schande, wie das gute und motivierte Personal durch eine stümperhafte Aufsichtsratsaktivität und fehlende sowie falsche Entscheidungen der Mehrheit des Kreistages im Stich gelassen worden ist“. Es sei auch an „Dreistigkeit nicht zu überbieten, die durch die Verkaufspläne der Landrätin hervorgerufene Verunsicherung des Personals mir in die Schuhe zu schieben,“ klagt Rettenbeck. Widersprüchlich nennt er die Aussage der Landrätin, man sei auf einem guten Weg: „Wenn dies wirklich so wäre, braucht man die Krankenhäuser nicht zu verkaufen“.

Zurückgewiesen wird von Rettenbeck auch die Behauptung, das Aktionsbündnis verbreite Falschaussagen: „Das Ziel des Bieterverfahrens ist es, einen Käufer zu finden. Deshalb ist es auch keine Falschinformation, wenn man sagt, dass durch das Bieterverfahren die Weichen auf Verkauf gestellt werden.“

Der Aussage der Landrätin, wenn man das Bieterverfahren Ende September abbreche, seien 60 000 Euro in den Sand gesetzt

kann Rettenbeck ebenso wenig folgen: „Wer die Krankenhäuser in kommunaler Hand führen will, benötigt kein Bieterverfahren. Je früher es abgebrochen wird, desto weniger Geld wird in den Sand gesetzt,“ so Rettenbeck. Außerdem würden die unverbindlichen Konzepte, von denen sich mancher Kreisrat so viel verspreche, sowieso demnächst auf den Tisch kommen: „Wer die Krankenhäuser nicht verkaufen will, braucht keinen Käufer. Wer keinen Käufer braucht, sollte vorzeitig beim Bieterverfahren aussteigen um nicht unnötig Geld zu vergeuden“, so der ödp-Kreisrat.

Eine „ungeheuerliche Unterstellung“ sei es, einige Vertreter des Bürgerbegehrens würden aus parteipolitischen und persönlichen Gründen zum Nachteil der Krankenhäuser die Diskussion um die Zukunft der Kreiskliniken missbrauchen: „Das Aktionsbündnis ist ein überparteiliches Bündnis, in dem Parteipolitik überhaupt keine Rolle spielt und das Bürgerbegehren hat eine klare sachliche Fragestellung fern jeglicher persönlicher Animositäten.“ Rettenbeck abschließend: „Destruktiv ist nicht mein Einsatz für den Erhalt der Krankenhäuser in der Hand des Landkreises, sondern destruktiv sind persönliche Angriffe.“ Er fordere die Landrätin auf, „zur Sachlichkeit zurückzukehren“.

– eck